

## **Empfehlungen**

der Ausschüsse

zum

Memorandum der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über  
die Berufsausbildungspolitik der Gemeinschaft für die  
90er Jahre

KOM(91) 397 endg.;

Punkt der 640. Sitzung des Bundesrates am 13. März 1992

### **A**

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften (EG),  
der Finanzausschuß (Fz) und  
der Ausschuß für Kulturfragen (K)  
empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage wie folgt Stellung zu  
nehmen:

EG  
K

1. Der Bundesrat teilt die Auffassung der Kommission, daß die Berufsausbildung für den Aufbau der Gemeinschaft stärkere Bedeutung erhalten sollte. Die Verknüpfung der Berufsausbildungspolitik mit den übrigen

**Ausgeliefert am 04. MRZ. 1992**

...

Gemeinschaftspolitiken zur Weiterentwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes darf jedoch nicht dazu führen, daß Bildung und Ausbildung als Funktion der Wirtschafts- und Sozialpolitik gelten. Der Bundesrat verweist in diesem Zusammenhang auf seine Stellungnahme vom 16. Mai 1986 - BR-Drucksache 47/86 (Beschluß) -.

- EG  
K

2. Der Bundesrat unterstützt die Forderung des Memorandums, daß jedem Jugendlichen eine umfassende und anerkannte Basisqualifikation ermöglicht werden sollte, widerspricht jedoch einer im voraus bestimmbar Planbarkeit von beruflichen Qualifikationserfordernissen.
- EG  
K

3. Eine zentrale Konzeption von Ausbildungsmaßnahmen und Ausbildungsgängen auf Gemeinschaftsebene ist abzulehnen, da Regelungen über den Inhalt und die Organisation der Berufsausbildung nicht Bestandteil des Gemeinschaftsrechts sind. Die auch aus Wettbewerbsgründen erforderliche Vielfalt der Bildungssysteme würde durch zentrale konzeptionelle Planungen und Maßnahmen in Frage gestellt.
- EG  
K

4. Der Bundesrat unterstützt den Informations- und Erfahrungsaustausch über die Systeme der Berufsausbildung in den Mitgliedstaaten, lehnt jedoch Gemeinschaftsaktionen ab, die auf eine Bewertung der mitgliedstaatlichen Berufsausbildungssysteme gerichtet sind.
- EG  
K

5. Demgegenüber befürwortet der Bundesrat alle Bemühungen, die eine größere Kohärenz, verbesserte Konzertierung und Bewertung der gemeinschaftlichen Aktionsprogramme bewirken.
- EG  
K  
(EG)

6. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß der soziale Dialog über die Entwicklung der Berufsausbildung vorrangig auf (regionaler und) mitgliedstaatlicher Ebene geführt und nicht auf die Ebene der Gemeinschaft verlagert wird.

EG  
Fz

7. Der Bundesrat weist darauf hin, daß die im Memorandum der Kommission dargestellten neuen Ziele fachlich und im Hinblick auf ihre möglichen finanziellen Auswirkungen einer kritischen Überprüfung bedürfen. Die Finanzierbarkeit der Vorschläge - ihre fachliche Berechtigung unterstellt - erscheint derzeit mindestens fraglich.

EG  
K

8. Im übrigen behält sich der Bundesrat vor, sich nach sorgfältiger fachlicher Prüfung erneut zu Einzelfragen zu äußern. Er bittet die Bundesregierung, den Inhalt des Memorandums daher in Gremien der Europäischen Gemeinschaften oder gegenüber ihren Organen zunächst nicht abschließend zu bewerten.

**B**

9. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik,  
der Ausschuß für Frauen und Jugend und  
der Wirtschaftsausschuß  
empfehlen dem Bundesrat, von der Vorlage Kenntnis zu nehmen.